

AUSGABE VOM 18. JANUAR 2020

Besserer Schutz für Kommunalpolitiker und Rettungskräfte

Beleidigungen, Drohungen, Gewalt: Attacken gegen Bürgermeister oder Gemeinderäte haben in jüngster Zeit zugenommen. Rettungskräfte und Polizisten werden bei der Ausübung ihrer Pflicht bedroht oder angegriffen. Der Bundestag hat am Donnerstag über diese alarmierenden Entwicklungen debattiert.

Mit dieser Art gesellschaftlicher Verrohung dürfe man sich in einem demokratischen Rechtsstaat nicht abfinden, so Kölns CDU-MdB Karsten Möring. Der Staat müsse die Menschen, die sich für ihn einsetzen, auch schützen. Möring: „Diejenigen, die sich Tag für Tag auch in Köln für unsere Sicherheit einsetzen, ob als Polizisten, als Feuerwehrleute oder als Rettungskräfte, haben Anspruch darauf, dass die Politik ihnen den Rücken stärkt!“ Mit der Umsetzung des von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmenpakets werde auch der Schutz von Kommunalpolitikern verbessert.

MdB Karsten Möring sprach zu Wohnungspolitik und Emissionshandel

Der Bundestag hat die Einführung einer Wohnungslosenberichterstattung beschlossen. Dafür sollen wohnungslose aber untergebrachte Personen statistisch erfasst werden. Mit einer bundesweiten Datenerhebung sollen belastbare Zahlen über Ausmaß und Struktur der Wohnungslosigkeit in Deutschland ermittelt werden. „Wir werden dadurch mehr Erkenntnisse über die Zahl der wohnungs- oder obdachlosen gewinnen“, so MdB Karsten Möring in der Debatte. Materielle, soziale, psychische oder andere gesundheitliche Probleme seien häufig Gründe, die zur Wohnungslosigkeit führten. Aber Lösungsansätze könnten erst dann entwickelt werden, wenn mehr über diese Ursachen und ihr Ausmaß bekannt seien, führte der Bauexperte aus.



War diese Sitzungswoche mehrfach als Redner gefordert: MdB Karsten Möring im Plenum des Deutschen Bundestages. (Foto: Privat)

„In Köln stellen wir basierend auf Zahlen, die uns über die Landesstatistik erreichen, eine ganze Reihe niederschwelliger kommunaler Angebote wie Notschlafstellen und medizinische Hilfen zur Verfügung. Vor allem spielt die ehrenamtliche Betreuung eine wichtige Rolle. Die Arbeit der Ehrenamtlichen kann man dabei gar nicht hoch genug einschätzen!“ (zur Rede)

Ausbau des CO₂-Emissionshandels?

Bei der Beratung eines FDP-Antrags, den Handel mit CO₂-Emissionsrechten über die Industrie und die Energiewirtschaft hinaus

auf den Verkehr, das Heizen und die Landwirtschaft zu erweitern, begründet Karsten Möring die Ablehnung der Koalition mit dem Hinweis auf die erheblich unterschiedlichen Kosten für die Vermeidung von Emissionen. Zum jetzigen Zeitpunkt würden die hohen Emissionskosten die Bürger überfordern und Industrie und Energiewirtschaft zusätzlich massiv belasten, sagte CDU-MdB Karsten Möring.

Die Unionsfraktion habe dafür gesorgt, dass der marktwirtschaftliche nationale Zertifikatehandel so angelegt sei, das er eine Einführungsphase mit Festpreisen habe und kompatibel zum EU-Emissionshandel sei, um eine spätere Erweiterung auf die EU zu ermöglichen. (zur Rede)

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

mit großer Ernsthaftigkeit hat der Bundestag über die Neuregelung der Organspende debattiert. Ich habe viele Mails erhalten, in denen ich aufgefordert wurde,



für den einen oder den anderen Vorschlag zu stimmen. In sorgfältiger Abwägung habe ich mich für die Entscheidungslösung und gegen die Widerspruchslösung entschieden. Klar ist, dass wir in Deutschland mehr Organspender brauchen, um das Leid vieler Menschen zu lindern. Es geht um den richtigen Weg.

Zu unserem Menschenbild gehört untrennbar sein Selbstbestimmungsrecht und damit auch die Option, sich nicht entscheiden zu müssen. Auch nach seinem Tod behält der Mensch seine Würde als Person und kann nicht automatisch zum materiellen Objekt werden, auf das andere Zugriff haben.

Es ist auch nicht so, dass nur die Widerspruchslösung zu einer höheren Spendenbereitschaft führt. So gilt in der Schweiz die Entscheidungslösung, und die Spendenbereitschaft ist trotzdem deutlich höher als in Deutschland.

Ich bin deshalb davon überzeugt, dass sich eine Stärkung der Spendenbereitschaft mit der Entscheidungsfreiheit des Menschen verbinden lässt. Dazu schafft das jetzt beschlossene Gesetz neue Möglichkeiten. Aber eine Spende muss eine Spende bleiben. Der Charakter als Spende verträgt sich nicht mit einem Automatismus.

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I



Organspenden: Mehrheit für die Entscheidungslösung

Nach jahrelangen Diskussionen über die Organspendenpraxis und vor dem Hintergrund des eklatanten Mangels an Spenderorganen hat der Bundestag am Donnerstag die gesetzliche Grundlage geändert. In einer fraktionsoffenen namentlichen Abstimmung stimmten 432 Abgeordnete abschließend für die sogenannte Entscheidungslösung. Damit wurde beschlossen, dass die Abgabe einer Erklärung zur Organ- und Gewebespende auch weiterhin Voraussetzung für eine Organentnahme nach dem Tod des Spenders ist. Bürger bekommen die Möglichkeit, ihre Entscheidung einfach zu dokumentieren, jederzeit zu ändern und zu widerrufen. Sie können sich zukünftig in ein bundesweites Online-Register eintragen lassen. Ferner ist vorgesehen, dass Hausärzte ihre Patienten regelmäßig zur Eintragung in das zu errichtende Online-Register ermutigen sollten.

Bei der unterlegenen Widerspruchsregelung sollte jeder Bürger als möglicher Organspender gelten, der zu Lebzeiten keinen Widerspruch erklärt hat. Wenn zugleich auch den nächsten Angehörigen kein entgegenstehender Wille bekannt gewesen wäre, hätte die Organentnahme als zulässig gegolten. Die beiden Gesetzentwürfe wurden jeweils von Abgeordneten verschiedener Fraktionen erarbeitet. Bei der Abstimmung gab es keine einheitlichen Fraktionsvoten. Die größte Zustimmung kam aus den Fraktionen der Grünen und der FDP.

Als ein Grund für die zu geringe Spendenbereitschaft in wird vielfach der Organspendenskandal genannt, der im Sommer 2012 bekannt wurde. An mehreren Kliniken waren Daten manipuliert worden, um Patienten bei der Vergabe von Spenderorganen zu bevorzugen. Seither ging die Zahl der Organspender deutlich zurück. Die weitaus meisten Patienten warten auf eine Spenderniere, aber auch Herz, Lunge, Leber, Haut und Augenhornhaut können übertragen werden. Die Befürworter der Widerspruchslösung begründeten ihren Vorschlag unter anderem mit dem Hinweis, in Ländern mit dieser Lösung sei die Spendenbereitschaft größer als in Deutschland.

Der Bundestag hatte bereits Anfang 2019 eine Strukturreform bei der Organspende beschlossen. Die Neuregelung zielt darauf ab, mit veränderten Abläufen und Vorschriften die Organspendenpraxis effektiver und zuverlässiger zu gestalten. So wurde in Entnahmekrankenhäusern die Rolle der Transplantationsbeauftragten gestärkt. Die Kliniken bekommen außerdem mehr Geld für den gesamten Prozessablauf einer Organspende und erhalten einen Zuschlag dafür, dass ihre Infrastruktur besonders in Anspruch genommen wird. Eine Rufbereitschaft sorgt dafür, dass jederzeit Fachmediziner zur Feststellung des irreversiblen Hirnfunktionsausfalls zur Verfügung stehen. Der sogenannte Hirntod ist Voraussetzung für jede postmortale Organspende und muss von zwei Medizinern unabhängig voneinander festgestellt werden.

Porzer Dreigestirn zu Gast im Bundestag

Mit einem furiosen Auftritt des Porzer Dreigestirns 2020 „Prinz Freddy I.“ – Frederic Braun, „Jungfrau Jaci“ - Jacqueline Schmitz und „Bauer Sven“ - Sven Czakalla in der Parlamentarischen Gesellschaft (DPG) des Bundestags zeigten die Karnevalisten, die auf Einladung des Kölner CDU-MdB Karsten Möring am Donnerstag samt Equipe und Tanzkorps zu einer Stippvisite in die Hauptstadt gekommen waren, dass es getreu dem Motto „Uns danzt keiner op d`r Naas!“ auch ein Leben außerhalb der Politik gibt.



Auch die Sonne lacht: Auf Einladung des Porzer CDU-Bundestagsabgeordneten Karsten Möring steigt das Porzer Dreigestirn im Berliner Reichstag der Bundespolitik buchstäblich aufs Dach. (Bild: Häßler)

Zahlreiche Abgeordnete und Mitarbeiter aller Fraktionen, angeführt von der Präsidentin der Parlamentarischen Gesellschaft, Michaela Noll, ließen es sich nicht nehmen, dem politischen Alltag für einige vergnügliche Minuten zu entfliehen.

Auch wenn „Dä Schofför der Kanzlerin“ (alias Dr. Jens Singer) der Grippe Tribut zollend leider den Dienstwagen kurzfristig in der Garage und seine Bütenrede ausfallen lassen musste, rollte doch eine rheinische Welle der Begeisterung durch die ehrwürdigen Räume als die temperamentvollen Rezag-Girls ihre tänzerische Klasse vor begeistertem Publikum bewiesen. Fazit des obersten Porzer Karnevalisten, Festausschusspräsident Stephan Demmer: karnevalistische Mission in Berlin gelungen! Fortsetzung in der kommenden Session ausdrücklich erwünscht. MdB Karsten Möring: „na klar!“

Impressum:

Ausgabe Nr. 45 der 19. Wahlperiode

18. Januar 2020

Herausgeber:

Bundestagsbüro Karsten Möring

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-77611

Email:

karsten.moering@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

Karsten Möring MdB/Harald Häßler/

Dr. Jürgen Reuter

